

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 1/2 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/2 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Abgehenden Expeditionen angenommen. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Poststraße 10, 11 Pfennig, die Briefetale 1/2 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis: Die vergrößerte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 72.

Postfach-Konto: Berlin 62448

Sonnabend, den 7. Juni 1924

Postfach-Konto Berlin 62448.

23. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein schwarzer, kurzhaariger Hund als entlaufen gemeldet. Birkenwerder, den 6. Juni 1924.
Der Amtsvorsteher. J. B.: Pieper.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeinde-Versammlung zu einer Sitzung auf **Donnerstag, den 12. Juni 1924, abends 8 Uhr** im Gemeindegemüschhause hiermit unter dem Hinweis vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Kommissionen.
2. Anschaffung von Turngeräten für die Schule.

Bergfelde, den 6. Juni 1924.
Der Gemeindevorsteher. J. B.: Wagner.

Kurze Nachrichten.

Im sächsischen Landtag wurde vorgestern ein kommunistischer Abgeordneter nach großen Tumulten mit Gewalt aus dem Saal geführt.

Derrot hat die Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft abgelehnt. Da Millerand sich entschlossen zeigte, nicht zurückzutreten. Im Unterhaus sind vorgestern die durch die Rheinland-Kommission von der Platz erresten Entschädigungsgelder zur Sprache gekommen.

Im Reichstag nahmen am Donnerstag die Parteirepäsentanten zu der Regierungserklärung Stellung.

Das italienische Königspaar und der Thronfolger haben von Spezia aus die Reise nach Spanien angetreten.

In der Freien Stadt Danzig ist eine Regierungskrise ausgebrochen.

Kainlebe hielt nach seiner Wahl zum Kammerpräsidenten eine programmatische Rede.

Der amerikanische Senat hat den Antrag betr. Bewilligung einer Anleihe an Deutschland im Betrage von 25 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln abgelehnt.

Der Kampf im Reichstag um das Vertrauensvotum.

— Berlin, 5. Juni.

Die auf der heutigen Tagesordnung stehende Erklärung der Regierungserklärung wurde eingeleitet durch den Abg. Dr. Scholz (D. Rp.), der im Namen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei eine Erklärung abgab, in der darauf hingewiesen wird, daß das Ziel der drei Parteien die Einigung des Reichstags auf möglichst breiter Front zur Erzielung der augenblicklich im Vordergrund stehenden außenpolitischen Fragen war. Dabei stand von vornherein fest, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des gesamten Vaterlandes und bei der Lage der besetzten Gebiete im besondern

die schleunige Annahme des Sachverständigen-Gutachtens als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage unbedingt erforderlich ist. (Beifall in der Mitte.) Dieser Standpunkt bedeute Festhalten an der bisherigen Richtung der auswärtigen Politik. Eine solche eindeutige Erklärung sei leider von den Deutschnationalen nicht zu erreichen gewesen, sodaß die Verhandlungen als gescheitert angesehen werden mußten. Die drei Parteien nahmen daher im Interesse des Vaterlandes das Opfer an sich, zur Bildung der gegenwärtigen Regierung zusammenzutreten. Dr. Scholz spricht dann im Namen der Parteien der Mitte der Regierung das Vertrauen aus und die Erwartung, daß sie schleunigst alle Vorbereitungen trifft, die auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens erforderlich sind.

Die Abgabe der Deutschnationalen.

Abg. Graf Westarp (Dnt.) weist darauf hin, daß sich jetzt der deutsche Völkerei bemerkbar mache, der auch im Ausland gehört werden muß. (Lärm bei den Komm.) Das verstehen Sie als Volksterräter freilich nicht. (Ern. Lärm b. d. Komm.) Eine Regierung, die zum Sachverständigen-Gutachten Stellung nimmt, muß der Schuldfrage widersprechen. Wir haben das zu einer Bedingung unseres Eintritts in die Regierung gemacht. Das Wahlergebnis vom 4. Mai verlangte einen vollständigen Umschwung der Gesamtpolitik. Bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung haben wir Entgegenkommen gezeigt, das bis an die äußerste Grenze ging, soweit, daß manche unserer Freunde im Lande mitunter vielleicht zweifeln konnten, ob wir nicht zu weit gegangen seien. Der Regierungsbildung standen große sachliche Schwierigkeiten entgegen. Die getrigge Programmrede des Reichstanzlers ist an dem großen Problem vorübergegangen. Der moskowitzischen Sowjetpartei kann nur

eine starke Regierung Herr werden. Wir bringen auch die Kräfte mit, um die Gefahren einer zweiten Revolution zu bannen. Zur Sozialdemokratie muß ein klarer Scheidestrich gezogen werden. (Beif. Beifall rechts.) Auch in Preußen müssen in der Beziehung klare Verhältnisse geschaffen werden. Der Redner bedauert, daß die Regierungserklärung an der inneren Politik völlig vorübergegangen sei. Das Zentrum hat Verhandlungen über die Kanzlerschaft Tirpitz abgelehnt, vielleicht aus Furcht vor dem Ausland. (Lärm im Zentrum.) Deutschland ist keine Eingeborenen-Kolonie. (Minutenlanger Lärm.) Wir verlangen Freiheit von Rhein und Ruhr in militärischer und politischer Beziehung.

Das Gutachten wäre völlig unerträglich.

Der Redner schließt mit einer Erklärung, in der es heißt: Der Reichspräsident hat unter völliger und offener planmäßiger Aufschüttelung des in dem Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willens des Volkes nicht den Führer der stärksten Partei, sondern den zurückgetretenen Reichstanzler mit der Regierungsbildung beauftragt und damit den Gang der Verhandlungen in die Hände der bisherigen Minderheitsregierung gelegt. Dennoch hat die Deutschnationale Volkspartei sich sogar zum Eintritt in eine Regierung unter Vorsitz des bisherigen Kanzlers bereit gefunden und hat in sachlicher und persönlicher Beziehung eine außerordentliche Selbstverleugung an den Tag gelegt. Trotzdem hat der Reichspräsident (sowohl wie der bisherige Reichstanzler die Verhandlungen in einem Augenblick abgebrochen, in dem bei gutem Willen der anderen eine Einigung noch möglich gewesen wäre.

Die Deutschnationale Volkspartei zieht aus diesem Verhalten den Schluß, daß (sowohl bei dem Herrn Reichspräsidenten wie bei ausschlaggebenden Teilen der bisherigen Regierungsparteien der gute Wille zu einer Verständigung zu gelangen, gefehlt hat. Die Fraktion zieht hieraus die gegebenen Folgerungen, sie stellt vor dem deutschen Volke fest, daß sie zu der gegenwärtigen Reichsleitung kein Vertrauen hat. (Beif. Beifall rechts.)

Eine Erklärung des Kanzlers.

Reichskanzler Marx entgegnet auf Vorwürfe, die Regierung wäre in der Kriegsschuldfrage lässig gewesen, daß die jetzige Regierung niemals zugegeben habe, daß Deutschland den Krieg begonnen habe. Dem dem Reichspräsidenten gemachten Vorwurf muß ich zurückweisen. Es kann nicht anerkannt werden, daß es meine Pflicht gewesen wäre, die stärkste Partei mit der Regierungsbildung zu betrauen. Der Reichstanzler erwidert, er habe den größten Wert darauf gelegt, Dr. Stresemann in der Regierung zu halten. Der Kanzler lehnt es ab, Einfluß auf preussische Verhältnisse zu nehmen. Er schließt mit den Worten: Herr Graf Westarp! Ihre Politik schädigt die Rheinlande nicht. (Lärm andauernder Beifall in der Mitte und bei den Soz. — Widerspruch rechts.)

Zusammensetzung der Sozialdemokraten.

Abg. Loebe (Soz.) begrüßt es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung seien. Ohne Annahme des Gutachtens hätten wir keine Aussicht, Amerika noch einmal an den Verhandlungstisch zu bringen und ausländische Kredite zu erhalten. Ohne Annahme des Gutachtens gibt es keine Milderung der Gefangenen, keine Aufhebung der Micum-Berträge. Im Wahlkampf habe Dr. Stresemann eine Erfüllungserklärung in Breslau gehalten, wie er, der Redner, sie selbst vor 4 Jahren schon gehalten habe. (Heiterkeit.) In einem Jahre werde vielleicht Graf Westarp dieselbe Rede halten. (Erneute Heiterkeit.) Der Redner freizeigt dann scharf die Haltung der Kommunisten und polemisiert gegen die Nationalsozialisten.

Abg. Frau Golke (Komm.) nennt den Reichstag eine Maschinerie der kapitalistischen Diktatur. Die Regierung nennt das Verhalten der Sozialdemokraten Lüge und Trug. Nur in Ausland würden die Arbeiterinteressen vertreten.

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) sieht in den Tumulten der letzten Tage den völligen Bankrott des Parlamentarismus. Der uns aufgesetzte Parlamentarismus, so erklärte der Redner, ist ein Wahnsinn. Er bewirkt, daß das Ergebnis der Wahl dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen ist. Und so begreifen wir denn am Regierungstische wieder die alten lieben vertrauten Gesichter! (Schallende Heiterkeit.) (Laut der Reichstanzler wirklich, daß er mit seiner Vorketzerei die Rheinlande beim Reich erhalten kann? Die Rheinländer bedürfen eines härteren Schutzes. (Beif. Zustimmung rechts.) Wir wollen feststellen, wer den Mut hat, dieser Gesellschaft hier auf der Regierung-

Bank das Vertrauen auszusprechen. (Große Unruhe in der Mitte. Vizepräsident Dr. Bell rügt den Ausdruck.)

Die Regierungsparteien haben nicht den Mut, selbst ein Vertrauensvotum einzubringen. Wir werden ihnen daher die Schreiberarbeit abnehmen und ein solches vorlegen, um Sie alle zu zwingen, Farbe zu bekennen, auch die Sozialdemokraten. (Beif. Appl. Appl.)

Abg. Leicht (Bayr. Rp.) warnt die Nationalsozialisten dringend davor, noch weiter daß zu fähen. Schuld an dem Scheitern des Bürgerblocks trage die Parteipresse. Die Antwort der Regierung auf den Vorschlag des Gutachtens sei erfreulich. Der Redner erklärt, daß seine Partei sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Sie werde prüfen, welche Gelegenheiten zur Durchführung des Gutachtens notwendig seien. Von der Gestaltung dieser Vorlagen werde ihre Gesamthaltung abhängen.

Abg. Hampe (Wirtsch. Vereinig.) fordert Aufhebung der Zwangsirtschaft und äußert allerschwerste Bedenken gegen das Sachverständigen-Gutachten.

Abg. Kunze (Deutschn.-Soz.) kann einer Regierung kein Vertrauen schenken, welche von einer gerechten Verteilung der Lasten aus dem Sachverständigen-Gutachten in demselben Moment schied, wo der Reichsfinanzminister eine Reichsbeamten-Beförderungsregelung vorschlägt, die den unteren Beamten 10 Mark im Monat zulegt, während der Minister monatlich 1000 Mark Zulage erhält!

Eingegangen ist ein Antrag der Nationalsozialisten, in dem dem Reichstanzler und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, ferner ein Antrag der Regierungsparteien, wonach aber alle übrigen Anträge zur Tagesordnung übergegangen werden soll und in formulierter Erklärung der Regierungserklärung zugestimmt wird.

Die Weiterberatung wird dann auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Angenommen wird der Notetat in erster und zweiter Lesung.

Einführung eines Kindes.

Berlin, 5. Juni. Das rätselhafte Verschwinden von dem 5 1/2-jährigen Sohne des jugoslawischen Generalkonsuls Dr. Ernst Verhaufen beschäftigt die Kriminalpolizei. Der Generalkonsul wohnt in Miersdorf-Berber. Von dort fährt er regelmäßig mit dem Auto nach Berlin und zurück. Der kleine Knabe hatte nun eine besondere Vorliebe, mit seinem Vater zu fahren. Er lief ihm deshalb immer ein Stück entgegen, um den Rest der Strecke mit ihm zurücklegen zu können. So auch am letzten Dienstag. Inzwischen kam der Vater nicht wie gewöhnlich um 6 Uhr, sondern erst später. Der kleine Knabe kehrte aber auch nicht nach Hause zurück. Er ist seitdem spurlos verschwunden. Man vermutet, daß der kleine entführt worden ist, entweder aus Rache, oder zu unaufrichtigen Zwecken.

Reichsbankpräsident

Dr. Schacht äußerte in seiner Hamburger Rede vom 25. 5. 1924:

„Die Gesundung der deutschen Wirtschaftslage kann nur durch einen allgemeinen Preis-Abbau geschaffen werden.“

Wir teilen diese Ansicht, indem wir unsere Ware rücksichtslos bis 33 Prozent ermäßigen

Damenschuhe 3 85 mit Jester Ledersohle 3 an
Herrenstiefel 7 45 extra dauerh. gearbeitet 7 an

134 Invalidenstrasse 134
an der Gartenstrasse, 2 Minuten vom Stettiner Bahnhof

